

# HIROSHIMA mahnt!

„ Wenn die Welt ihren Kurs nicht ändert, riskieren wir die Selbstzerstörung. Wir brauchen dringend einen Fahrplan für die Abrüstung von Atomwaffen.

Wir dürfen nicht länger dem Irrglauben anhängen, dass das Streben nach Atomwaffen bei einigen Ländern moralisch verwerflich ist, während wir bei anderen moralisch akzeptieren, dass sie für ihre Sicherheit auf Atomwaffen bauen.“

Mohamed el Baradei,  
Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation.



## 64 Jahre

# Hiroshima und Nagasaki

## Europa für Frieden

### Ist Präsident Obama glaubwürdig?

**Die Rede des US-Präsidenten in Prag wird von Teilen der Friedensbewegung gründlich missverstanden.**

Der Bundesausschuss Friedensratschlag erklärte zum Abschluss der Ostermärsche: „Bei den meisten Rednern gab es vorbehaltlose Zustimmung zu Obamas Vision einer atomwaffenfreien Welt“. Der Bundesausschuss bezeichnete die Initiative Obamas als „Geschenk an die Friedensbewegung“, die jetzt von unten unterstützt werden müsse. Der Bundessprecher DFG-VK zeigte sich „hoherfreut“. „Der US-Präsident folgt der Aufforderung der Deutschen Friedensgesellschaft“ lautete die Überschrift einer Presseerklärung am 6.4.2009. „Eine historische Chance, ein window of opportunity ist da“ erklärte Reiner Braun auf der Ostermarschkundgebung in München. Er fügte allerdings hinzu: „Diese Welt ohne Atomwaffen... werden wir erkämpfen müssen, gegen den härtesten Widerstand des rüstungsmilitärischen Komplexes und vieler seiner nicht nur konservativer Unterstützer“. Trotzdem stellt sich die Frage, ob mit Obamas Initiative die Chancen zur Abschaffung aller Atomwaffen heute größer sind als in den letzten 20 oder 30 Jahren.

### Trügerische Illusionen und die Wirklichkeit

Barak Obamas Botschaft, Amerika strebe „nach einer Welt ohne Atomwaffen“ ist bei genauem Hinsehen und in Kenntnis der aktuellen US-Politik nichts anderes als ein medienwirksam inszeniertes Täuschungsmanöver. Es geht in Wirklichkeit überhaupt nicht um die Abschaffung aller Atomwaffen.

Die globale Null-Lösung steht gar nicht auf der Agenda der US-Politik. In seiner Prager Rede erklärte Obama: „Solange diese Waffen existieren, werden wir ein sicheres und effektives Arsenal unterhalten um jeden Feind abzuschrecken, und wir

(Fortsetzung auf Seite 2)

werden unseren Verbündeten diese Verteidigung garantieren“. Obama kündigte lediglich einen neuen Vertrag mit Russland an, mit dem Ziel „die Zahl unserer Gefechtsköpfe und unsere (Atom) Arsenalen zu verkleinern“.

Mit der Verkleinerung der Atomwaffenarsenale wird die Atomkriegsgefahr keineswegs reduziert, im Gegenteil: In Kombination mit dem US-Raketenabwehrsystem (NMD National Missile Defense) würde sich die Erstschlagsfähigkeit der USA wesentlich verbessern. Denn je geringer die Anzahl der gegnerischen Atomwaffen, desto effektiver schützt die Raketenabwehr vor einem Gegenschlag und macht die USA unverwundbar. Die Raketenabwehr ist damit das entscheidende Hindernis für eine substantielle atomare Abrüstung.



Heidenheimer Friedenstag 2009

Ein weiteres Hindernis, das meist ignoriert wird, ist die unumschränkte, globale militärische Überlegenheit der USA und ihrer NATO-Verbündeten in der sogenannten konventionellen Kriegsführung. Der eigentliche Kern in Obamas Botschaft und auch das aktuelle Ziel US-amerikanischer Außenpolitik ist die Errichtung eines effektiven Regimes gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen, das über Befugnisse verfügt Strafmaßnahmen und Sanktionen gegen diejenigen durchzusetzen, die sich den US – Vorstellungen nicht fügen.

### Schlussfolgerungen:

1. Um substantielle Atomabrüstungsschritte zu ermöglichen, muss das derzeit entscheidende Hindernis beseitigt werden: Die US-Regierung muss die Installierung des Raketenabwehrsystems einstellen.

2. Um alle Atomwaffenstaaten in den Abrüstungsprozess einzubeziehen, müssen in einem ersten Schritt die USA, Russland, Frankreich und Großbritannien ihre Atomwaffenarsenale auf das Niveau Chinas – auf 20 Atomwaffenträger und 161 Sprengköpfe – reduzieren.

3. Weitere Schritte in Richtung einer Null-Lösung erfordern schließlich die Beseitigung der militärischen Überlegenheit der USA und ihrer Nato-Verbündeten. Dazu gehört insbesondere: Die Schließung aller US Militärlagerstätten rund um den Globus und die Beendigung der Bedrohung durch hochgerüstete Flugzeugträgerflotten.

4. Erst die Beseitigung aller vorhandenen Atomwaffen bietet die Grundlage für ein internationales Abkommen, in dem sich alle Staaten verpflichten, auf die Entwicklung und Herstellung dieser schrecklichen Waffen zu verzichten und sich alle den gleichen strengen Kontrollen unterwerfen.

Auszug: aus ISW Claus Schreer

### Deutschland konkret!

Frau **Merkel**, Herr **Obama**, vereinbaren Sie einen ersten Schritt, werden Sie weltweit zum Vorbild!

Weg mit den 20 Atomraketen in Büchel. Keine deutsche nukleare Teilhabe.  
Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr - raus aus Afghanistan. Keine Rüstungsexporte.  
Keine Massenvernichtungswaffen und Abschaffung der Bundeswehr.  
Keine Bundeswehrpropaganda an Schulen und Universitäten.  
Entmilitarisierung der Europäischen Union

### Die Kriegs- und Rüstungsausgaben schaden den Kommunen und ihren Bürgern

Die Zivilbevölkerung in den Städten und die Städte selbst, sind die Leidtragenden aller kriegerischer Auseinandersetzungen. Deshalb müssen auch kommunale Entscheidungen möglich sein, die über den kommunalen Kirchturm hinausreichen. Gerade im Zusammenhang mit der Europäischen Kriegsverfassung kann es nicht nur der großen Politik überlassen bleiben, was mit den Menschen und den Städten im Falle kriegerischer Auseinandersetzung und möglicher atomarer Konflikte passiert.

**Frieden schließen statt weltweit schießen - DKP-**

12 Milliarden Euro an Personalausgaben bei der Bundeswehr. Für 190.000 Berufs- u.

Zeitsoldaten, für 60.000 Wehrpflichtige und ca. 108.000 Zivilbeschäftigte. Dafür mehr Beschäftigte im Sozial-, Bildungs- u. Gesundheitswesen. LehrerInnen, KrankenpflegerInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen, AltenpflegerInnen. Statt Sold für Wehrpflichtige - Studien- und Ausbildungsbeihilfen.

### Rüstung oder Zukunft -Konversion-

Rüstung ist die große Verschwendung. Volkswirtschaftlich betrachtet läuft sie darauf hinaus, dass eine Nation einen Teil ihres jährlich produzierten Reichtum ins Meer kippt. In Deutschland sind es inzwischen über 30 Milliarden Euro - Jahr für Jahr. Von 2006 bis 2009 (Regierungsentwurf) erhöhen sich die Ausgaben für Militär und Waffen in Deutschland um 3,2 Milliarden Euro. Allein dafür könnten fast 100.000 Stellen im Öffentlichen Dienst zusätzlich geschaffen werden und die Bezahlung der Erzieherinnen wäre kein Problem.

